

Monatsbrief Januar 2017

„Linke sucht handfeste Kooperation. Parteispitze schlägt Einstiegsprojekte für ein Mitte– Links-Bündnis vor.“ So überschrieb das **nd** am **22.01.2013** einen Artikel. Kommt euch das bekannt vor? Oskar Lafontaine dagegen machte im Frühjahr 2013 darauf aufmerksam, dass es eine Illusion wäre zu glauben, dass wir es mit einem Lagerwahlkampf zu tun hätten. Vielmehr gäbe es ein Einparteiensystem, mit einer Partei, die vier rechte Flügel hat: CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne. Dass jetzt die AfD dazu gekommen und nicht zuletzt aufgrund von Versäumnissen der LINKEN erstarkt ist, ändert an Lafontaines Einschätzung nichts Grundsätzliches.

Anscheinend ist es so, dass wir uns alle vier Jahre einer Situation gegenübersehen, in der seitens der LINKEN der neoliberalen Einheitsfront Avancen gemacht werden. Das politische Establishment zielt sich noch, kann sich jedoch zunehmend mit dem Gedanken anfreunden, dass zu seiner Machterhaltung eine gezähmte LINKE, die bisweilen Kritik übt, auf Schwachstellen hinweist (was natürlich folgenlos bleibt!) und ansonsten keine Ambitionen hat, das System zu sprengen. Die SPD, die, bei aller sozialen Demagogie, nicht einmal ein Minimum an sozialem Anspruch aufweist, ist für diese Rolle längst ausgefallen.

Dieser Entwicklung müssen wir uns mit aller Kraft und guten Argumenten entgegenstellen, denn wir gehen davon aus, dass unser Erfurter Parteiprogramm gilt. Wenn das so ist, kann es derzeit auf Bundesebene keine Koalition mit der SPD und/oder Grünen geben. In der Friedensfrage, in der Ablehnung der Erfüllung von „Bündnisverpflichtungen“ in der NATO, gibt es keinen Kompromiss. Das ist nicht verhandelbar! Wenn nun in höchster Not es der SPD bei einer denkbaren Regierungsbildung einfielen, der LINKEN auf dem Feld der Sozialpolitik Zugeständnisse zu machen, wie überzeugend wäre das? SPD und Grüne haben gemeinsam, u.a. mit Hartz-I bis IV, Senkung des Spitzensteuersatzes usw. usf., den größten denkbaren sozialpolitischen Kahlschlag in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten!

Und weil es so ist, wie es ist, müsste aus unserer Partei heraus, von unseren Parlamentariern und von unserem Führungspersonal, deutlich und unmissverständlich erklärt werden, dass es der LINKEN nur in der Opposition, verbunden mit außerparlamentarischen Bewegungen, möglich sein wird, ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren (bzw. wiederherzustellen). Nur in der Opposition können wir überzeugend und glaubhaft die gesellschaftlichen Widersprüche erklären und den Kampf für eine gerechte Welt führen. In diesem Zusammenhang wäre es auch an der Zeit, handelt es sich bei der LINKEN doch um eine sozialistische Partei, die große Verwirrung, die hinsichtlich der Gesetze der Ethik und der Moral vorherrscht, zu entwirren: Wenn ein Arbeiter in einer Fabrik Material mitgehen lässt, ist er nach dem Urteil unserer Gesellschaft ein Dieb. Wenn jedoch der Eigentümer der Fabrik, wir sagen Kapitalist, sich den übergroßen Teil des Lohnes der Arbeiter aneignet, hält man es für absurd, dies als Raub zu bezeichnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, beteiligt euch an Diskussionen mit klugen Argumenten, damit es ein **Oppositionswahlkampf** wird!

KPF der Niedersachsen der Partei DIE LINKE
Für den LandessprecherINNENrat:
Christine Melcher und Ulrich Vanek